



Leseprobe aus Hurrelmann und Albrecht, Generation Greta,
ISBN 978-3-407-86623-3

© 2020 Beltz Verlag in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?
isbn=978-3-407-86623-3](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-407-86623-3)

VORWORT

»Wir sind jung, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!« Seit Ende 2018 schallt dieser Spruch Freitag für Freitag durch Deutschlands Straßen. Wer derzeit durch die Republik fährt und mit Jugendlichen spricht, hört überall ähnliche Aussagen: »Mir ist der Klimawandel wichtig«, sagt die 15-jährige Madeleine*, die an einer Berliner Oberschule das Abitur anstrebt. »Ich habe Angst, was in 100 Jahren sein wird«, fügt Friedrich hinzu, der mit zwölf Jahren gerade erst auf die Oberschule gekommen ist und die Mittlere Reife machen will. »Ich finde es wichtig, dass wir jüngere Generation aufstehen und sagen: ›Halt, stopp, so könnt ihr nicht weitermachen‹«, sagt Markus aus Frankfurt an der Oder. »Wir wollen auch noch was von der Erde haben.«

Jugendforschung ist Zukunftsforschung. Lange bevor Entwicklungen die gesamte Gesellschaft erfassen, sind sie schon aus Jugendstudien herauszulesen. Wer sein Leben noch vor sich hat, ist für das, was kommt, sensibler als Ältere. Wer weder Besitz

* Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes haben wir die Namen von jugendlichen Interviewpartnern geändert.

noch Privilegien zu verteidigen hat, ist freier darin, kreative Lösungen zu finden.

Nach Jahren einer Großen Koalition, die viele Zukunftsthemen liegen ließ, lautet die gute Nachricht: Junge Menschen interessieren sich wieder verstärkt für Politik. Sich zu engagieren gilt sogar wieder als cool. Die weniger gute Nachricht lautet allerdings: So, wie Jugendliche die deutsche Politik heute wahrnehmen, gefällt sie ihnen immer weniger. Das hängt auch mit der Klimapolitik zusammen. Angela Merkel war zu Beginn ihrer vier Amtszeiten einmal als Klimakanzlerin angetreten. Am Ende ihrer langen Regierungszeit hat sie ihre selbst gesteckten Klimaziele kleinlaut wieder einkassiert.

Das macht junge Menschen misstrauisch. Sie verlieren das Vertrauen in die regierenden Politikerinnen und Politiker und ihre Parteien. Die Generation Z, wie die nach dem Jahr 2000 Geborenen oft bezeichnet werden, weil sie auf die Generation Y folgen, hat das Gefühl, die Sache selbst in die Hand nehmen zu müssen. In Zeiten von Klimawandel und Digitalisierung spürt sie: Politik müsste heute die Weichen für die Zukunft stellen. Stattdessen verliert sie sich im Klein-Klein des täglichen Regierens und fährt auf Sicht.

Die junge Generation will einen Aufschub wichtiger Entscheidungen nicht länger hinnehmen. »Wenn man heute von der ›Zukunft‹ spricht, denkt niemand weiter als bis 2050«, schreibt die schwedische Schülerin Greta Thunberg, geboren am 3. Januar 2003, die zur Initiatorin der weltweiten Klimabewegung Fridays for Future (FFF) wurde. Dann fügt sie hinzu: »Zu der Zeit werde ich im besten Fall noch nicht mal mein halbes Leben gelebt haben.«¹

Es ist dieser Unterschied in der Lebensperspektive, der die Jugend schon immer zum Seismografen für zukünftige Entwick-

lungen gemacht hat. Doch noch nie zuvor in der Geschichte sind so junge Menschen so massiv auf die Straße gegangen, um ihren Anliegen Nachdruck zu verleihen. Noch nie zuvor hatten junge Menschen in solch einem Maß das Gefühl, keine Zeit mehr verlieren zu dürfen. Denn vielen von ihnen wird angst und bange, wenn sie derzeit in die Zukunft blicken.

Während die Parteien und ihre im Schnitt deutlich älteren Wählerinnen* in den starren Abläufen des politischen Betriebs gefangen scheinen, sind es die ganz Jungen, die die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Die Kompromisslosigkeit, mit der sie ihre Forderungen vortragen, zeigt einen grundlegenden Wandel in den Generationen. Auf die beiden politisch sehr zurückhaltenden Generationen X und Y, deren Angehörige heute zwischen 20 und 35 beziehungsweise zwischen 35 und 50 Jahre alt sind, folgt jetzt eine junge Generation Z, die sich laut zu Wort meldet. Wir nennen sie »Generation Greta«, weil die junge Schwedin Greta Thunberg diese Generation mit ihrem Klimaprotest schon jetzt geprägt hat.

Als die deutsche Politik Anfang 2019 den Schulstreik der FFF-Bewegung kontrovers diskutierte, erklärte FDP-Chef Christian Lindner den protestierenden Schülern altväterlich, sie sollten die Rettung unseres Planeten doch lieber den Profis überlassen. Doch wer die Generation Greta ernst nimmt, kommt nicht umhin, zu denken: »Hätten wir doch (früher) auf sie gehört.«

Dieses Buch will das nachholen – mit einem Porträt der Generation Greta: Was sie denkt, wie sie fühlt und warum das Klima erst der Anfang ist.

* Wir verwenden männliche und weibliche Formen im Wechsel, wenn das Geschlecht unbekannt ist.

rend Erwerbstätige sich von ihren Einkommen weniger leisten konnten.

»Der Brexit war dann das Sahnehäubchen auf sechs Jahren ›Austerity‹«, sagt Jack. »Ich hatte wirklich das Gefühl, dass die Generationen über uns alle Privilegien genossen hatten. Jetzt zogen sie hinter sich die Leiter hoch. Ein schreckliches Gefühl.«

Zwischen Renten und Bildung

Während Großbritannien im Dauerkampf um den Brexit gefangen ist, erlebt Deutschland einen der längsten Aufschwünge seiner Geschichte. Noch nie hatten so viele Menschen Arbeit. Gleichzeitig hat auch bei uns die soziale Ungleichheit in den vergangenen 20 Jahren zugenommen.³

Der demografische Wandel trifft Deutschland dabei sogar härter als die Insel. Rein zahlenmäßig können die älteren die jüngeren Generationen bei Wahlen problemlos überstimmen: 22 Millionen Menschen zwischen 18 und 40 Jahren stehen 48 Millionen Menschen über 40 Jahren gegenüber. Die unter 18-Jährigen zählen 13 Millionen.

»Deutschland wird zur Rentnerdemokratie«, titelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schon im Jahr 2014. Damals hatte die Große Koalition gerade die Rente mit 63 und sowie die Mütterrente eingeführt. Zur Freude ihrer Wähler: 80 Prozent fanden die Neuerungen der Rentenpolitik »wichtig« bis »sehr wichtig«. Einer Mehrheit war jedoch zugleich bewusst, wen die Pläne belasteten: die junge Generation.⁴

Während die Politik eine weitere Anhebung des Rentenalters kategorisch ausschließt, machen sich die jungen Generationen

keine Illusionen mehr. Nach der MetallRente Studie von 2019 erwarten 85 Prozent der 17- bis 27-Jährigen, weit über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten zu müssen.⁵ Sie sehen realistisch, dass die gesetzliche Rentenversicherung durch Beschlüsse der Regierungen seit dem Jahr 2000 so stark eingeschränkt wurde, dass sie im Rentenalter nicht mehr davon leben können. Die Angebote, durch Betriebsrenten oder freiwillige Altersversicherungen die Rentenbezüge später aufzustocken, erscheinen ihnen entweder zu kompliziert oder unzureichend. Die meisten haben auch gar kein Geld für die private Altersvorsorge übrig. Selbst denjenigen, die sich das finanziell leisten können, erscheint das Sparen von eigenen Mitteln für die Altersvorsorge mehr und mehr aussichtslos, weil sie nicht glauben, in 40 oder 50 Jahren noch auf diese Beträge zurückgreifen zu können.⁶

Die Alterssicherung ist ein Beispiel dafür, dass auch in Deutschland das Vertrauen der jungen Generation geschwunden ist, die Regierung würde ihre berechtigten Zukunftswünsche beachten. 68 Prozent der befragten 17- bis 27-Jährigen haben Angst davor, im Alter nur eine geringe Rente zu bekommen und arm zu sein – und nach heutigem Stand der Gesetzgebung ist dieses Szenario absolut realistisch. Selbst wer nach seiner Ausbildung ununterbrochen mit einem vollen Gehalt im Arbeitsleben steht, kann anders als seine Eltern und Großeltern bestenfalls damit rechnen, 45 Prozent seines letzten Einkommens als Rente zu erhalten.

Das irritiert viele in der jungen Generation. Sie fühlen sich gegenüber den älteren Generationen benachteiligt und zweifeln am guten Willen der Regierenden: 84 Prozent sind überzeugt, dass der Staat auch in Zukunft eine gute Rente garantieren könne – wenn die Politik das wirklich wolle.⁷

Die Politik will aber nicht wirklich. Jedenfalls wird die Entscheidung über die künftige Alterssicherung wohl kaum in der Hand der jungen Altersgruppen liegen. »Zahlenmäßig waren die Jüngeren noch nie eine bedeutsame Wählergruppe«, zitiert die FAZ den Meinungsforscher Matthias Jung, beim ZDF verantwortlich für das Politbarometer. Interessant werde der deutsche Wähler für die Parteien erst, wenn er auf die 50 zugehe.⁸ Auch deshalb diskutiert die Politik in Deutschland mehr über Renten oder Pflegenotstand als über Bildung.

Die Chancen der jungen Generation, durch eigenes Einkommen eine eigene Existenz aufzubauen, sind in den letzten 20 Jahren proportional zu den steigenden Immobilienpreisen gesunken. Der Ökonom Thomas Piketty hat Wirtschaftsdaten aus 20 Ländern über Jahrhunderte analysiert. Sein Fazit: Die älteren Generationen haben den Grundstock zu ihren Vermögen in einer Zeit gelegt, die wirtschaftsgeschichtlich fast eine Anomalie ist. Damals wuchsen in der sozialen Marktwirtschaft die Einkommen schneller als die Rendite auf Investitionen. Heute ist es wieder umgekehrt. Investitionen werfen mehr Profit ab, als Menschen durch ihre Arbeit verdienen können.⁹

Die Folge: Konnten sich die vielen Gutverdienenden aus der 1968er- und der Babyboomer-Generation, die heute über 50-Jährigen, noch selbst genug Geld erarbeiten, um ein Haus oder eine Eigentumswohnung zu finanzieren, ist heute selbst die obere Mittelschicht auf die Hilfe der Eltern angewiesen.

Die Journalistin Julia Friedrichs spricht deshalb von einer »Erbengesellschaft«. Jahr für Jahr werden nach ihren Berechnungen 250 Milliarden Euro in Deutschland an die nächste Generation vererbt. »Ein Vermögenstransfer, wie er noch nicht stattgefunden hat.« Dennoch sei die Metapher von »der« Erbengesellschaft

schief. Denn die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitze zusammen nur ein Prozent des Vermögens in Deutschland, die reichere Hälfte 99 Prozent. »Das Erbe schreibt diese Ungleichheit in die nächste Generation fort«, so Friedrichs' Fazit.¹⁰ In vielen Fällen gehören zudem auch die Erben bereits den älteren Generationen an.

Die jeweilige Lebenslage einer jeden Generation mischt sich so mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Nur eine kleine Gruppe der jungen Generation kann sich dank der Unterstützung der Eltern allen Widrigkeiten zum Trotz ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung leisten, die riesige Mehrheit aber hat praktisch keine Chance, es aus eigener Kraft zu schaffen. Zumal junge Menschen überdurchschnittlich häufig von befristeten Arbeitsverträgen und Zeitarbeit betroffen sind. Langfristig finanziell zu planen, fällt da schwer, erst recht der Kauf einer Immobilie.

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen sieht hierin einen Mangel an Solidarität zwischen den Generationen und plädiert für eine Reform der Erbschaftssteuer: »Würden allein die bestehenden überhöhten Privilegien abgebaut, brächte das rund acht Milliarden Euro an Mehreinnahmen. Mit diesem Geld könnte der ›Generationen-Soli‹ finanziert werden. Er wäre endlich ein Signal, dass die Regierung die Jungen nicht vergessen hat. Die Rente mit 63 und die Mütterrente jedenfalls sind Zuwendungen auf Kosten der jungen Generation.«¹¹

Solange solche solidarischen Aktionen ausbleiben, muss auch in Deutschland die junge Generation das Gefühl haben, dass die älteren Generationen hinter sich »die Leiter hochziehen«.

Stoff für einen Generationenkonflikt?

Zehn vor acht in der Gesamtschule Ost in Gießen. Vor den Fenstern der Mediathek liegt der graue Innenhof noch im Dunkeln. Drinnen sitzt die Klasse 9c zwischen Büchern, Zeitungen und Computerarbeitsplätzen im Stuhlkreis und diskutiert darüber, was ihre Generation ausmacht. Wer seinen Blick über die Schüler schweifen lässt, sieht Leon im grünen Kapuzenpulli, der sich für Politik interessiert, Greta Thunbergs Rede vor den Vereinten Nationen jedoch »peinlich« fand; dann trifft er auf Emil ein paar Stühle weiter, der in seiner Freizeit Skateboard fährt und sich fragt, warum in der Politik so viele ältere Menschen Entscheidungen für die Jungen treffen. Schließlich könnte der Blick an Pia hängen bleiben, die auf der anderen Seite des Kreises sitzt und sich für Flüchtlinge engagiert.

So unterschiedlich die Schülerinnen der 9c auch sind, ein Thema ist ihnen allen wichtig: die Klima- und Umweltpolitik. Da spielt es auch keine Rolle, wie sie zu Greta Thunberg stehen. Fast jeder von ihnen war bereits auf einer Demo von Fridays for Future auf dem Berliner Platz hier in Gießen.

»Wirklich bringen tun die Proteste nichts«, zweifelt Leon. »Aber man fühlt sich selbst ein wenig besser und hat das Gefühl, Verantwortung für diese Fragen übernommen zu haben.« Eine Mitschülerin widerspricht: »Ich würde schon sagen, dass Fridays for Future die Politiker unter Druck gesetzt hat.« Schließlich bekomme jeder in der Gesellschaft die Proteste mit. »Die Grünen haben ja bei den Wahlen viel mehr Stimmen bekommen«, pflichtet ihr Lukas bei. »Und das hat mit Fridays for Future zu tun.«

Das Umweltthema hat zurzeit eindeutig das größte Potenzial für einen Generationenkonflikt. Zwar hat die Generation Greta

den Klimaschutz nicht erfunden, im Gegenteil sitzt im Bundestag schon seit 1983 mit den Grünen eine Partei, für die ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen der Erde Leitbild ist. Nur haben die Regierungen in all den Jahren andere Prioritäten gesetzt – auch unter Beteiligung der Grünen. Die Babyboomer sind damit zugleich Bremser und Antreiber in der Frage der Klimakrise.

Fridays for Future hat es jedoch geschafft, den Kampf gegen die Klimakrise umzudeuten. Bislang war dieser Kampf ein politischer: Die Grünen wollten die Umwelt schützen, CDU und FDP waren Wirtschaftsinteressen wichtiger, während die SPD nie die Kumpels aus dem Auge ließ. Fridays for Future hat erfolgreich das Framing geändert. Statt Links gegen Rechts, argumentiert die Bewegung nun mit Jung gegen Alt.

Spätestens seit den 1980er-Jahren sind die Gefahren der Erderwärmung einer breiten Öffentlichkeit bekannt, tatsächlich aber habe die Menschheit seitdem mehr CO₂ in die Atmosphäre gepustet als in den Jahrtausenden davor, schreiben Luisa Neubauer und Alexander Repenning, zwei aktive Vertreter von FFF. Die beiden scheuen nicht vor einer klaren Schuldzuweisung zurück – und nehmen dafür die älteren Generationen »kollektiv in Haftung«. »In Haftung dafür, uns die natürliche Umwelt als Scherbenhaufen zu hinterlassen. In Haftung dafür, nicht gehandelt zu haben, als noch reichlich Zeit war.«¹²

»Wir werden in einer Welt erwachsen, in der das Klimachaos zur Normalität wird«, sagte Neubauer auf der Hauptversammlung des Energieversorgers RWE. Die Zukunft ihrer Generation werde vom Zusammenbruch der Ökosysteme überschattet werden.¹³

Politisch profitieren bislang vor allem die Grünen von der Klimabewegung. Sie können das Thema am glaubwürdigsten beset-

zen – unabhängig davon, aus welcher Generation ihre Politiker stammen.

Allianz statt Konflikt

Zurück in der 9c der Gesamtschule Ost. Hier will trotz allem niemand etwas von einem Generationenkonflikt wissen. »Also ich werfe meinen Eltern und Großeltern nichts vor«, sagt eine Schülerin. »Man wusste ja, dass CO₂ nichts Gutes für das Klima ist, aber die haben das Ausmaß noch nicht gemerkt.« »Das bringt ja nichts«, sagt auch Jolina. »Wir können ja nicht in die Vergangenheit zurückreisen und da etwas ändern.« Und Leon gibt zu bedenken: »Die Generation meiner Eltern hatte auch nicht die Möglichkeit, Energie einzusparen. Damals gab es zwar schon Glühbirnen, aber die haben noch Energie gefressen.«

In vielen Aussagen der Klasse wirkt es ein wenig so, als sei die Elterngeneration nicht in den 1990er-Jahren, sondern kurz nach dem Zweiten Weltkrieg erwachsen geworden. Energiesparlampen, Kühlschränke, die deutlich weniger verbrauchen – all das sei erst viel später verfügbar gewesen, sagt Leon. Ohne diese Möglichkeiten hätten seine Eltern und ihre Jahrgänge versucht, das Beste daraus zu machen. »Heute fährt man fast überall mit dem Auto hin – natürlich fahren auch viele Bus oder Fahrrad –; aber früher war das nicht ganz so krass.« Zumindest beim letzten Punkt hat Leon nicht so ganz unrecht. Tatsächlich ist die Zahl der Fahrzeuge in Deutschland nach Angaben des Umweltbundesamts seit 1991 um 25 Prozent gestiegen.

In der 9c will niemand etwas von einem Generationenkonflikt wissen. Trotz aller Vergangenheitsverklärung ist der Tenor klar:

»Ich würde mir aber wünschen, dass die Großeltern trotzdem noch probieren, etwas mitzuhelfen sozusagen«, sagt ein Schüler und spricht damit für viele. »Sie können ja jetzt noch probieren, etwas zu ändern.«

Die ältere Generation wird also in Haftung genommen, zugleich aber wird ihr Verhalten auch entschuldigt und damit ein offener Konflikt vermieden. Die Schuld für das umweltpolitische Versagen wird bei »der« Politik gesehen, vor allem bei den Regierungsparteien auf Bundesebene.

Die jungen Leute nehmen ihre Eltern vor allem deshalb in Schutz, weil sie sich so gut mit ihnen verstehen wie lange nicht mehr. Es gibt ein tiefes Einverständnis, mit dem die Generation Greta und ihre Eltern gemeinsam ihren Alltag gestalten. Nach den Shell Jugendstudien kommen 42 Prozent der jungen Leute bestens mit ihren Eltern aus, weitere 50 Prozent sagen, sie kämen trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten gut klar. In den letzten 15 Jahren hat sich dieses Einvernehmen ständig vergrößert. Nie war das Verhältnis zwischen Eltern und ihren Kindern so eng wie heute. Jugendliche und Eltern vertrauen einander. Die jungen Leute nehmen ihre Eltern als Vorbild für die eigene Lebensgestaltung und haben hohen Respekt vor ihrer Lebensleistung.¹⁴

Hieraus ergibt sich in Deutschland die Chance für eine Solidarität zwischen den Generationen. Die Generation Greta schätzt ihre Eltern als wichtigste Ratgeber und Unterstützer, gleichzeitig möchte sie sie »erzieherisch« überzeugen, ihr Umweltverhalten zu ändern. Sie nimmt ihre Eltern ernst, aber sie will auch von ihnen ernst genommen werden. Sie sucht den Schulterschluss, keinen Generationenkonflikt.

Das gilt auch für die Bewegung Fridays for Future. Sie argu-

mentiert aus der Sicht ihrer Generation und fordert dabei den Rest der Gesellschaft zur Zusammenarbeit auf. Statt konfrontativ anzugreifen, ist es den Aktivisten in der jungen Generation gelungen, ihre eigenen Eltern und auch Teile der ältesten Generation zu einer Solidarisierung mit ihrer Position zu bewegen. Inzwischen hält eine große Mehrheit der Deutschen den Kampf gegen die Klimakrise für eine Priorität. Darunter sind naturgemäß auch die älteren Jahrgänge.

Die FFF-Strategie des Schulterschlusses zwischen den Generationen scheint aufzugehen. Das haben die Europawahlen 2019 gezeigt. Die Grünen konnten stark zulegen, während Union und SPD massiv verloren.

Politik für alle Generationen

Die einst großen Volksparteien CDU/CSU und SPD tun sich schwer mit der jungen Generation: In der SPD war es der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert, der die Sozialdemokraten warnte, wenn die Partei so weitermache, werde für seine Generation nichts mehr übrig bleiben. In der CDU brachte der YouTuber Rezo die Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer mit seinem Video »Die Zerstörung der CDU« ins Straucheln. Und bei der Europawahl 2019 zeigten Erstwähler CDU und SPD mit demselben Argument die kalte Schulter, das schon Kevin Kühnert den Sozialdemokraten mit auf den Weg gegeben hatte: Wenn ihr so weitermacht, bleibt für uns nichts mehr übrig.

Wollen sie überleben, ist es für Union und SPD wichtig, sich als Parteien zu präsentieren, die sich für die Interessen aller Generationen einsetzen. Die Bewegung Fridays for Future hat ge-

wissermaßen eine »Generationenfalle« aufgestellt, indem sie den Klimawandel zum »Jugendthema« erklärt hat. Union und SPD müssen schnellstens dafür sorgen, die Umweltpolitik mit in den Kern ihres parteipolitischen Handelns aufzunehmen und glaubwürdig mit ihren traditionellen inhaltlichen Schwerpunkten zu verbinden. Gleichzeitig müssen sie auch die anderen Themen, die das Zeug für einen Generationskonflikt haben, ansprechen: Bildung, Immobilienerwerb, Schuldentilgung und Alterssicherung.

Der Interessenausgleich zwischen den Generationen ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt elementar wichtig. Er muss nicht zwangsläufig so scheitern wie beim EU-Votum Großbritanniens. Es geht auch anders. 2015 stimmte Irland in einer Volksabstimmung für die Einführung der Homo-Ehe. Dabei hat die katholische Kirche auf der grünen Insel seit jeher eine starke Stellung inne. Den Erfolg des Referendums verdanken die Initiatoren deshalb auch einer etwas anderen Jugendbewegung. »Call your Grannie« (»Ruf deine Oma an«) ermunterte junge Leute dazu, mit ihren Großeltern darüber zu sprechen, warum sie denken, dass auch die Älteren mit »Ja« stimmen sollten.

Wo diese Art des Schulterschlusses zwischen den Generationen fehlt, sind die Auswirkungen auf die Qualität politischer Entscheidungen dramatisch. Die Bundesregierung musste 2017 ihre Klimaschutzziele auch deshalb kassieren, weil sie den Interessen anderer Teile der Gesellschaft mehr Bedeutung zumaß als denen der jungen Generation. Großbritannien ist seit dem Brexit-Referendum 2016 politisch tief gespalten.

Der einzige Weg aus diesem Stillstand ist, die Interessenkonflikte zwischen den Generationen ungeschminkt anzusprechen und öffentlich zu diskutieren. Und Entscheidungen erst

dann zu treffen, wenn ganz klar ist, dass keine einzelne Generation benachteiligt wird. Auch FFF-Aktivistinnen können dem irischen Vorbild folgen und ihre Großeltern überreden, ihnen ihre Stimme bei der nächsten Wahl zu überlassen und in ihrem Sinn zu wählen.

Zurzeit werden die Interessen der jungen Generation in der politischen Debatte ernst genommen, weil sie sich dank FFF auf eine ungewöhnlich kluge und geschickte Weise zu Wort meldet und sich lautstark Gehör verschafft. Das wird nicht immer so bleiben. Im Laufe der Zeit kann die Aufmerksamkeit für Umweltthemen wieder absinken. Andere Probleme drängen in den Vordergrund. Zu hoffen ist, dass die älteren Generationen durch Fridays for Future Respekt vor den Vorschlägen der jungen Generation gewonnen haben. Denn häufig schon hatte die Jugend die besseren Konzepte. Die Generation Greta ist Experte im Umgang mit Unsicherheit und Ungewissheit. Die Jungen schauen neu und unverstellt auf unsere Gesellschaft. Viel zu lange schon sind die Älteren ihr mit Skepsis und Misstrauen begegnet. Mittlerweile sind die Herausforderungen zu drängend, um Aufschub zu dulden.

Kapitel 5

KEIN BOCK AUF PARTEIEN

Weniger als ein Prozent Mitglieder

Freitagmorgens ist Markt in Eberswalde, eine 30-minütige Zugfahrt von Berlin entfernt. Schon am späten Vormittag zieht der Geruch von Thüringer Rostbratwürsten über den Platz. Händler bieten frisches Obst und Gemüse an. Andere verkaufen die letzte Sommerkleidung. Zwischen den Ständen leuchtet der Sonnenschirm der SPD knallrot in der Augustsonne. Zwei Tage später ist Landtagswahl in Brandenburg. Hardy Lux wird dann als Direktkandidat seinen Wahlkreis mit 0,6 Prozent Vorsprung gegen die AfD verteidigen. Doch noch wirbt er intensiv um Wählerstimmen. Seinen hauchdünnen Sieg wird Lux auch Kurt zu verdanken haben. Bereits am Abend zuvor ist der 19-jährige Juso von Haustür zu Haustür gezogen, um Flyer zu verteilen. Jetzt überreicht er mit charmantem Lächeln rote Rosen an die Marktbesucher.

Wenn die SPD in Brandenburg stärkste Kraft bleiben soll, muss Kurt im Wahlkampf vor allem die älteren Generationen ansprechen. Seine eigene fällt bei Wahlen kaum ins Gewicht. Nur 15 Prozent der Wahlberechtigten waren bei der Bundestagswahl 2017 zwischen 18 und 30 Jahre alt, mehr als doppelt so viele dage-

gen über 60: 36 Prozent. In Brandenburg ist ihr Anteil sogar noch höher. Da passt es gut, dass hier auf dem Marktplatz ohnehin vor allem Rentnerinnen ihre Einkäufe erledigen.

Menschen wie Kurt sind selten in der Generation Greta. Deutlich weniger als ein Prozent sind Mitglied in einer Partei. Zwar ist es jedem Dritten grundsätzlich wichtig, sich politisch zu engagieren.¹ Doch ihr Engagement findet außerhalb der Parteien statt. In der Shell Jugendstudie verweisen die 12- bis 25-Jährigen die Parteien auf den letzten Platz, wenn es darum geht, welchen Institutionen sie vertrauen. Banken, Kirchen und große Unternehmen schneiden ebenfalls sehr schlecht ab.²

Die Generation Greta glaubt an die Demokratie. Trotzdem hat sie offensichtlich nicht das Gefühl, dass ihre Themen bei den Parteien gut aufgehoben sind. Diese sind aus ihrer Sicht starre, bürokratische Machtapparate, die um sich selbst kreisen. Und Altenklubs: Das Durchschnittsalter der beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD liegt bei 60, das der Grünen bei 50 Jahren, das der AfD dazwischen. Bei FDP und Linken sieht es ähnlich aus.

Kurt versucht es trotzdem. Er trat mit 16 Jahren der SPD-Jugendorganisation bei – als Einziger auf seiner Schule. Auch bei anderen Parteien kennt er keine Mitschüler. Junge Menschen sind damit noch zurückhaltender als die älteren Bevölkerungsgruppen. Auch bei ihnen ist Parteimitgliedschaft nicht gerade in. Die Mitgliederzahlen der heute im Bundestag vertretenen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und die Linke haben sich seit 1990 insgesamt mehr als halbiert. Nur die Grünen und die AfD, die erst 2013 gegründet wurde, verzeichnen ein Wachstum. Den Mitgliederschwund allgemein können auch sie nicht aufhalten. Insgesamt sind heute 1,2 Millionen Menschen Mitglied in einer Partei und damit knapp 1,5 Prozent der Bevölkerung. 1990 waren es noch drei Prozent.³

Die jüngeren Bevölkerungsgruppen sind in allen Parteien völlig unterrepräsentiert. Junge Union und Jungsozialisten haben zusammen 190 000 Mitglieder, die Jugendorganisationen der übrigen im Bundestag vertretenen Parteien rund 30 000.⁴

Generell ist die Attraktivität von Organisationen und Institutionen gering, in denen man sich offiziell registrieren muss. Den Jugendorganisationen von Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrts-, Sport- und Jugendverbänden geht es nicht besser. Die Generation Greta will den Rücken frei haben und sucht nach flexiblen Formen der Kooperation.

Am Freitag vor der Landtagswahl zieht die örtliche Fridays-for-Future-Demo vorbei, während der 19-jährige Kurt auf dem Eberswalder Marktplatz Wahlkampf für die SPD macht. »Leute aus meiner Schule, von denen ich immer dachte, mit Parteipolitik haben die nichts am Hut, die laufen jetzt bei Fridays for Future mit und engagieren sich richtig«, sagt er. »Das ist für mich der Beweis, dass unsere Generation nie so unpolitisch war, wie man immer dachte.«

Unpolitisch ist Kurts Generation wahrlich nicht. Sie hat einfach keinen Bock auf Parteien. Mit Fridays for Future hat die Generation Greta den Beweis erbracht, dass Engagement in einer sozialen Bewegung mehr bringt als Parteiarbeit. Für die Parteien ist das keine gute Nachricht.

Die Generation der Ära Merkel

Die Generation Greta politisiert sich in Deutschland am Ende einer politischen Ära. Schon im Jahr 2015 rief *Der Spiegel* die »Generation Merkel« aus. Damals beschrieb das Nachrichten-

magazin die Generation Y. Die Vorgänger der Generation Greta hatten in ihrer Mehrheit noch nie bei einer Bundestagswahl ihre Stimme abgegeben, in der Angela Merkel nicht zur Kanzlerin gewählt wurde.

Die Generation Greta kann sich dagegen noch nicht mal an eine Wahl ohne Merkel erinnern. Für sie war die Bundeskanzlerin schon immer da. Wäre Greta Thunberg Deutsche, wäre sie nur zwei ihrer ersten 16 Lebensjahre nicht von Merkel regiert worden.

Und doch hat ihre Generation die CDU-Vorsitzende nie zur Bundeskanzlerin gewählt. Klar, die meisten sind zu jung, um wählen zu dürfen. Doch auch unter den 18- bis 24-Jährigen erhielt die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD bei der Europawahl 2019 gerade einmal 20 Prozent der Stimmen.

Die traditionellen Volksparteien, die Deutschland seit der Nachkriegszeit dominieren, verlieren an Zuspruch. Es ist ein Misstrauensvotum, das selbst die unterschreiben, die sich parteipolitisch engagieren. »Der Blick in die Zukunft ist zu wenig da«, bemängelt der Jungsozialist Kurt. Die Politik gehe zu verzagt an neue Technologien. Das sei auch ein Altersthema. »Mit 60 denkst du einfach nicht mehr so, wie du mit 20 denkst.«

Zwar sind Kurt die Positionen von Fridays for Future zu radikal. Dennoch sei es richtig, dass FFF der Politik sage: »Hey, so langsam, wie das jetzt läuft, so darf das nicht gehen.« Gerade die Klimapolitik dulde als existenzielle Frage keinen Aufschub. »Die Politik ist da viel zu träge.«

»Nein, absolut nicht«, antwortet Paul auf die Frage, ob die Politik die Themen der jüngeren Generation ausreichend berücksichtige. Neben dem Klima fehlen ihm Konzepte für die Digitalisierung und in der Bildungspolitik. Die CDU gleiche mit den Stimmen der Alten ihre schlechten Ergebnisse unter jungen Wählern aus, sagt

Paul. »Es ist ein Problem, wenn seit über 20 Jahren Politik für über 60-Jährige gemacht wird. Das merkt man halt schon.«

»Junge Menschen sind bei Wahlen für die Parteien nicht wichtig«, stimmt ihm ein FFF-Aktivist in Ludwigsburg bei Stuttgart zu. Das Misstrauen gegenüber der Politik reicht in der Generation Greta weit über die Anhängerschaft von Fridays for Future hinaus. »Ich find's halt komisch, dass so viele alte Menschen so viele Entscheidungen für jüngere Menschen treffen«, sagt Emil, der in Gießen in die neunte Klasse geht.

Und auch Kurt ist sich der schwachen Position seiner Generation bewusst. »Ich glaube schon, dass die Jugend demografisch nicht ins Gewicht fällt«, sagt der Juso. Neulich habe er gelesen, dass das Durchschnittsalter bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2019 bei 55 Jahren lag. »Das hat mich total erschreckt. Klar, dass wir da untergehen.«

»Natürlich ist die Wahlbeteiligung bei jungen Menschen viel niedriger als bei ihren Großeltern, wenn sie nur zwischen dem alten weißen Mann in Anzug eins und dem alten, weißen Mann in Anzug zwei wählen können«, schreiben die jungen Erwachsenen des Jugendrats der Generationen Stiftung in ihrem Buch *Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen*. Die altersmäßige Distanz sei so groß, dass es schwerfalle, sich von ihnen vertreten zu fühlen. »Keiner dieser Politiker*innen scheint die Anliegen von uns jungen Menschen so richtig zu verstehen.«⁵

71 Prozent der 15- bis 25-Jährigen unterschreiben laut der Shell Jugendstudie 2019 die Aussage »Ich glaube nicht, dass sich Politiker darum kümmern, was Leute wie ich denken«. 84 Prozent finden, dass mehr junge Leute in der Politik etwas zu sagen haben sollten.⁶ Eine ganze Generation hat somit das Gefühl, nicht gehört zu werden.

David ist nicht zur Wahl gegangen. Grundsätzlich findet er es gut, dass in Brandenburg schon 16-Jährige wahlberechtigt sind. »Ich wusste, ich habe eine Stimme, ich bin wichtig, ich kann etwas erreichen«, sagt der 17-Jährige, fügt dann jedoch hinzu: »Ich weiß, Politik ist wichtig, aber irgendwie hat bei mir das Interesse gefehlt.«

Dabei war selten eine Landtagswahl in Brandenburg so spannend wie die Abstimmung 2019. Der Wahlkampf politisierte das Land. Seit der Wiedervereinigung regiert die SPD. Nun sah es in Umfragen zeitweise so aus, als ob die AfD stärkste Kraft werden könnte. David blieb trotzdem zu Hause. Für ihn hat die Politik ein Vermittlungsproblem: »Die reden ja immer nur miteinander, und dann wird was entschieden. Da müsste man mal einen neuen Blick schaffen.«

Für Luzia käme Nichtwählen niemals in Betracht. Der 16-Jährigen ist Politik wichtig. Sie hat von Beginn an die Klimademos in Aschaffenburg mitorganisiert. Mit der Zeit hat sie aber die Untätigkeit der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien CDU/CSU und SPD zunehmend frustriert. »Ich hatte den Glauben, wenn wir wirklich zu Tausenden auf die Straße gehen und lange protestieren, dann kommt vielleicht die Message an«, sagt Luzia. »Ich hatte gehofft, dass die Politikerinnen und Politiker dann ihre Politik ändern. Es heißt ja immer, das Volk hat die Macht.« Nach kurzem Überlegen fügt sie hinzu: »Vielleicht war das etwas naiv.«

Die Einschätzung kommt einer Bilanz der Regierungszeit Merkel gleich. Selbst der Bundeskanzlerin fällt es schwer, ihre Klimapolitik als Erfolg zu verkaufen. Fridays for Future habe die Bundesregierung »sicher zur Beschleunigung getrieben«, räumte die Kanzlerin im Sommer 2019 ein, als ihr Kabinett nach jahrelangem Zögern ein Klimapaket verabschiedet hatte. Die Be-

wegung »hat uns schon noch mal dazu gebracht, auch sicher entschlossener an die Sache heranzugehen«. Merkel war einmal als Klimakanzlerin angetreten.

Doch aus Sicht der Generation Greta herrschte bei Umweltthemen bislang vor allem eines: Stillstand. Stattdessen hätten Konzerne wie VW, RWE oder die Deutsche Bank starken Einfluss auf die bundesdeutsche Politik, glaubt Luzia heute. »Ich habe die Macht des Lobbyismus unterschätzt. Letzten Endes sind die Interessen von Wirtschaft und Politik stark verflochten.« Klar sei es ein Erfolg, dass mittlerweile so viel über Klimapolitik geredet werde, räumt Luzia ein. »Aber ich habe Angst, dass es beim Reden bleibt. Davon wird kein CO₂ eingespart.«

Der Generation Greta ist der Einfluss von Lobbyisten auf die Politik ein Dorn im Auge. Ein FFF-Aktivist in Ludwigsburg sieht deshalb auch die Verkehrspolitik von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) kritisch. »Der Scheuer stellt sich halt sehr als Mensch dar, der schon auf den Klimawandel achtet, aber auch die Wirtschaftsinteressen nicht außer Acht lassen will«, sagt er bei einem Interview im Café. »Aber das spiegelt sich nicht in dem wider, was er macht. Er hat sich, glaube ich, mehr den Wirtschaftsinteressen verschrieben, statt den Klimaschutz in den Vordergrund zu stellen.«

Im Internet postet die Ludwigsburger Ortsgruppe von Fridays for Future ein Video ihres Protests gegen diese Art von Politik. Der CDU-Stadtverband Ludwigsburg hatte den Verkehrsminister in eine lichte Veranstaltungshalle geladen, um mit ihm und 450 Gästen über die »Mobilität der Zukunft« zu diskutieren.⁷ Plötzlich marschieren sechs 16- bis 18-Jährige vor dem älteren Publikum auf und skandieren lautstark den Schlachtruf von Fridays for Future: »Wir sind hier. Wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft

klaut.« Das Video zeigt, wie ein älterer Besucher versucht, einer Aktivistin den Mund zuzuhalten. Zum Schluss trägt die Polizei die Gruppe aus dem Saal.⁸

Vertrauen in Regierungsparteien schwindet

Quer durch alle Gruppen der Generation Greta schwindet derzeit das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierungsparteien, die drängenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Die Engagierten aus der Bewegung FFF sind frustriert, weil das, was sie für notwendig erachten, trotz erster Beschlüsse nicht schnell und konsequent genug umgesetzt wird. Die sozial Abgehängten sind sauer, weil sie sich nicht beachtet und abgehängt fühlen. Die Unentschiedenen in der Mitte fühlen sich verunsichert.

Fast 70 Jahre lang hat das politisch-parlamentarische System der Nachkriegszeit im Westen der Republik gehalten, 30 im Osten. Jetzt befindet es sich im Umbruch. Nicht nur junge Menschen spüren, dass die alten Muster in Zeiten von Individualisierung und Digitalisierung nicht mehr funktionieren.

Der Erfolg der populistischen Parteien hängt hiermit zusammen. Politiker wie Donald Trump in den USA, Marine Le Pen in Frankreich und Boris Johnson in Großbritannien sind ein Symptom für die Krise der demokratischen Verfassung, die wir gerade erleben.

Andreas Reckwitz sieht die westlichen demokratischen Gesellschaften in einem Paradigmenwechsel. Seit den 1980er-Jahren sei die Deregulierung der Wirtschaft mit einer Förderung

der individuellen Freiheitsrechte einhergegangen. Globalisierung der Märkte, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Privatisierung von staatlichen Leistungen auf der einen Seite, mehr Rechte für Frauen und Migranten, die Gleichstellung von Schwulen und Lesben und eine Vielfalt der Lebensmodelle auf der anderen Seite. Dieses liberale Paradigma sei nun jedoch selbst in eine tief greifende Krise geraten, schreibt der Soziologe.⁹

»Der Aufstieg des Populismus ist ein Symptom dieser Krise.« Nicht nur das neoliberale Wirtschaftsmodell gerate unter Druck, auch gerade erst errungene Rechte etwa von Frauen, Migranten und Homosexuellen würden durch Parteien wie die AfD wieder infrage gestellt.

Die junge Generation könnte in dieser Zeit durchaus wichtige Impulse setzen. Sie schaut mit neuem Blick auf die Umbrüche in der Gesellschaft. Neue Konzepte müssen bei ihr nicht erst alte Überzeugungen widerlegen, um ernsthafte Beachtung zu erfahren. Jugendliche sind eher bereit, vermeintlich unkonventionellen Ansätzen eine Chance zu geben. Das zeigen auch Fridays for Future mit der Forderung nach mehr Regulierung.

Viele aus der Generation Greta vermissen bei der etablierten Politik vor allem Konsequenz. »Es ist so, dass viele Politiker zwar eine Meinung haben, aber sich nicht trauen, diese zu sagen, wegen dem Rechtsruck in der Politik«, glaubt der 14-jährige Adrian. »Also wollen sie nichts sagen, weil sie davor Angst haben, dass ihre Partei dadurch Stimmen verliert.« Wer für Umweltschutz sei, wähle halt die Grünen, sagt Emils Kumpel Leo. Doch so richtig überzeugt ist auch er von dieser Wahl nicht. »Die wirken halt auch nur so halbherzig.«

Nicht immer muss thematisch der Klimaschutz an erster Stelle stehen. »Mieten. Klima. Bildung«, hat Jakob Novotný sein

Programm überschrieben. Während Fridays for Future ihren Sommerkongress vorbereiteten, stand der 25-Jährige im Wahlkampf um das Amt des Oberbürgermeisters. Ludwigsburg, eine alte Residenzstadt mit knapp 100 000 Einwohnern nördlich von Stuttgart, wählte einen neuen Oberbürgermeister. Doch aus Jakobs Sicht packten die beiden aussichtsreichsten Kandidaten die wichtigsten Themen erst gar nicht an. Deshalb hat er kandidiert.

Wenn Novotný durch die alte Residenzstadt läuft, kann er erklären, welche Straßenzüge welchem Investor gehören. An einer Kreuzung am Rande der Altstadt bleibt er stehen: »Was hier gebaut wird, ist halt ultrateuer: Luxuswohnungen und Eigentum, gebaut von irgendwelchen privaten Bauträgern«, sagt er und zeigt auf ein modernes Stadthaus. Ludwigsburg selbst habe dagegen von 1990 bis 2017 keine eigenen Sozialwohnungen mehr gebaut. »Also in jedem Fall läuft hier einiges schief.«

»Eigentlich liegt es doch völlig auf der Hand, was wir bei der Wohnungsnot machen müssten, um diese Blase, die sich hier langsam aufbläht, zu stoppen«, sagt er. Investitionen in Immobilien dürften sich einfach nicht mehr lohnen. »Eine Regierung, eine Stadt, ein Parlament sollte schauen, dass die Stadtbevölkerung etwas zum Wohnen hat, und nicht, dass die Investoren mit Wohnen Kohle machen können.« Also entschloss sich Novotný spontan, selbst als parteiloser Kandidat bei der Oberbürgermeisterwahl anzutreten. Er drehte ein Video, setzte eine Webseite auf, startete eine Facebook-Kampagne und machte Straßenwahlkampf in der Innenstadt. Am Ende erzielte er knapp neun Prozent. Mehr als ein Achtungserfolg für einen politischen Neuling.

Wahl zwischen zwei Polen

Im Laufe des Jahres 2019 drehte sich das öffentliche Bild der jungen Generation. Aus der Generation der Klimaretter, die bei der Europawahl im Mai die Grünen zur stärksten Kraft gewählt hatten, wurde wenige Monate später in der medialen Wahrnehmung eine Generation, die durchaus anfällig für populistisches Gedankengut ist.

Diese politische Polarisierung der jungen Generation zwischen Grünen und AfD spiegelt sich zunehmend in den Wahlergebnissen wider. In einigen Bundesländern, darunter Brandenburg, können sich Jugendliche schon mit 16 Jahren beteiligen, in den meisten anderen mit 18. Die Präferenzen der Jungwähler sind eindeutig: Die traditionellen Volksparteien CDU und SPD haben bei ihnen ihre frühere Vormachtstellung eingebüßt. Die junge Generation wählt inzwischen spürbar anders als die ältere.

Bei den Landtagswahlen im September 2019 in Brandenburg lagen die Grünen bei den unter 25-Jährigen mit 27 Prozent vorne. Sie profitierten vom Thema Klimawandel, aber sie hatten es auch geschafft, bei den jungen Wählerinnen und Wählern als modern und aufgeschlossen zu gelten. Mit ihrem kleinen Parteiapparat wirkten sie nicht ganz so bürokratisch wie die traditionellen älteren Parteien. Platz zwei, weit vor CDU und SPD, belegte in der jungen Generation die AfD mit 18 Prozent. Bei der Landtagswahl in Sachsen, die zeitgleich stattfand, lagen Grüne und AfD bei den Jungwählern mit jeweils 20 Prozent gleichauf. Ein paar Wochen später lieferten sich dann in Thüringen die AfD (23 Prozent) und die Linke (22 Prozent) ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die Gunst der Jungwähler. Die Grünen folgten mit 13 Prozent auf Platz drei.

Schaut man genau hin, hat der Zuspruch, den die Grünen und die AfD in der jungen Generation erfahren, eine unterschiedliche Qualität: Die Grünen führen im jüngsten Wählersegment ihr stärkstes Ergebnis überhaupt ein, während die AfD – mit Ausnahme der über 70-Jährigen in Brandenburg – von allen älteren Wählergruppen mehr gewählt wurde, vor allem von der Gruppe der 30 bis 50 Jahre alten Wähler. Strukturell stärkt die junge Generation die Grünen, während sie die AfD tendenziell schwächt.

Dennoch: Die Auseinandersetzung zwischen den Themen der Grünen und den Themen der AfD fasziniert und erschreckt die junge Generation. Sie sind erfreut, endlich einmal wieder echte Alternativen für ihre Wahl zu sehen – oder zumindest diejenige, die sie selbst unterstützen. »Junge Menschen wählen AfD oder Grüne nicht aus Zukunftsangst – sondern als Zukunftsvision«, schreibt der Journalist Marc Röhlig auf Bento, dem Jugendmagazin von Spiegel Online.¹⁰ Die Entscheidung zwischen Weltoffenheit und Nationalpopulismus hat das frühere Links-Rechts-Schema bei jungen Menschen aus den vorangehenden Generationen abgelöst.

CDU und SPD haben es schwer, mit ihren Themen und ihrem Stil bei jungen Leuten überhaupt wahrgenommen zu werden. Zwölf Prozent der 16- bis 24-Jährigen machten ihr Kreuzchen im September 2019 bei der Landtagswahl in Brandenburg bei der SPD, nur neun Prozent bei der CDU. In Sachsen waren die Zahlen unter umgekehrtem Vorzeichen ähnlich.

Die beiden langjährigen Regierungsparteien werden von der Mehrheit der jungen Leute als konturlos angesehen. Sie können nicht erkennen, wofür sie wirklich stehen und welche Themen sie intensiv verfolgen. Sie vermissen klare Aussagen und verbindliche Perspektiven. Die beiden Parteien scheinen ihnen nur daran interessiert, an der Macht zu bleiben, aber nicht daran,

die wirklich wichtigen Herausforderungen anzugehen. In ihrem Auftreten wirken CDU und SPD auch nicht gerade modern und zeitgemäß auf sie.

Jugendliche wollen von den Parteien klare Meinungen hören, zu denen sie eindeutige Positionen beziehen können. Unter den engagierten Anhängern der Bewegung Fridays for Future stoßen populistische Positionen auf schroffe Ablehnung. »Ich finde es traurig«, sagt Paul (16) aus Berlin-Schöneberg. »Ich finde, wenn man AfD wählt, ist es ein Zeichen von mangelndem politischem Interesse, aber auch ein Zeichen von mangelnder Kompetenz, sich auch mal mit bestimmten Themen zu beschäftigen.« »Die AfD ist ja nur durch Angst gewachsen«, fügt der zwei Jahre jüngere Adrian hinzu.

Doch viele beschleicht auch die Sorge, daraus könnte sich eine Polarisierung der deutschen Gesellschaft ergeben. In der Shell Jugendstudie geben 56 Prozent der Jugendlichen an, die wachsende Feindlichkeit zwischen Menschen mit unterschiedlichen Meinungen mache ihnen Angst.¹¹

»Im Freundeskreis finden wir immer mal wieder Punkte, wo wir sagen, da müssen wir aufpassen, dass das nicht im Streit eskaliert«, sagt Markus aus Frankfurt an der Oder. Trotzdem hält er die Freundschaft zu einer Freundin aufrecht, die für die AfD gestimmt hat. »Ich habe ihr gesagt, dass ich das nicht unterstütze und nicht so toll finde«, sagt der 19-Jährige. »Aber ich finde, das ist ein Punkt, der eine Freundschaft ausmacht, verschiedene Ansichten zu haben und miteinander zu reden.«

Carlas Freundeskreis in Frankfurt (Oder) deckt das gesamte politische Spektrum ab. »Komplett durcheinander« hätten alle gewählt, erzählt die 16-jährige Gymnasiastin. Nach der Wahl »sind sich manche auch ein bisschen in die Haare gekommen,

weil man die Meinung vom anderen nicht okay fand«. Ihr dagegen ist es wichtig, einander zuzuhören. »Ich find's nicht so gut, dass die Menschen auseinandergehen, bloß weil sie verschiedene Ansichten haben.« Das gilt für Carla auch für die große Politik. Die anderen Parteien sollten die AfD nicht ausschließen, »weil ihnen das Konzept nicht gefällt«.

In manchen Kreisen der Generation Greta scheint die Politik also weniger zu trennen, als es gesamtgesellschaftlich der Fall ist. Nicht immer hängt das von persönlichen Überzeugungen ab. Mit ihren schwarz gefärbten Haaren und dem etwas labbrigen gelben Strickpulli glaubt man Lara sofort, wenn sie sagt, dass sie zur linken Szene in Frankfurt an der Oder gehört. In ihrem Umfeld gebe es aber auch Menschen, die rechte Ansichten vertreten. »Die mag ich als Person, aber Politik ist kein Thema bei uns.« Schließlich habe man ja ohnehin mit unterschiedlichen Freundinnen unterschiedliche Gesprächsthemen.

Politik für die Generation Greta

Wie können die Parteien die junge Generation für sich gewinnen? Zunächst über Themen. Ebenso wie in anderen Gruppen der Bevölkerung ist die Generation Greta kein monolithischer Block. Dennoch gilt: Alle Parteien, die Umwelt und Klima nicht in ihrem Themenspektrum haben, werden nur schwer einen Zugang zu ihr finden. Hier liegt der Grund für die Stärke der Grünen unter jungen Wählern, aber auch für den Mitgliederzuwachs ihrer Jugendorganisation. Für die Mehrheit der Generation Greta ist Klimapolitik der Lackmustest, inwieweit eine Partei die Sicherung der natürlichen Lebenswelt ernst nimmt oder sich – wie

es Luzia formuliert hat – doch wieder den Interessen von Autobauern, Landwirtschaft und Stromkonzernen beugt.

Zum anderen bleiben die beruflichen Chancen für Jugendliche wichtig. Zwar ist die Generation derzeit recht entspannt, was ihre persönliche Zukunft angeht. Doch sobald sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, wird das Thema an Bedeutung gewinnen. Darauf sollten sich gerade die Sozialdemokraten schon jetzt vorbereiten. Denn die Jugend schätzt Authentizität.

Darüber hinaus sollten Parteien aber auch die anderen Themen besetzen, die junge Menschen angehen: Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mietpreise oder die Möglichkeit, Immobilien zu erwerben, und auch die Rente sind einige davon.

Neue Ansätze für diese Themen entwickeln die Parteien am besten gemeinsam mit der jungen Generation – unabhängig davon, ob diese Parteimitglieder sind oder nicht. Junge Menschen denken in ihrer Mehrheit pragmatisch. In der Klimadebatte hat die Aktivistin Luisa Neubauer auch Diskussionen mit FDP-Chef Christian Lindner geführt, den sie sicherlich nicht zu den Unterstützern ihrer Bewegung zählte. Parteien können durch solche öffentlichen Debatten mit potenziellen Anhängern ins Gespräch kommen.

Junge Leute gehen an eine Wahl mit der Frage heran, was es ihnen bringt, wenn sie sich für eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten entscheiden. Sie möchten klar sehen, was ihre Stimme bewirkt. Diese zweckrationale Haltung wird sich in den nächsten Jahren weiter durchsetzen. Wo langfristige Parteibindungen schwächer werden, wird kaum eine Partei noch aus reiner Treue und Sympathie Wähler gewinnen können. Parteien müssen jedes Mal aufs Neue damit überzeugen, das richtige Thema in der richtigen Form angesprochen zu haben.

Genauso wichtig wie Themen ist die Parteiarbeit selbst. Als Reaktion auf die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und auch als Reaktion auf den Brexit haben sich Hunderte von jungen Leuten trotz ihrer Skepsis entschieden, einer Partei beizutreten. So haben alle Parteien in den letzten zehn Jahren ein wenig an Mitgliedern aus den jüngeren Generationen unter 35 Jahren gewonnen. Doch die Altersstruktur der Parteien hat sich dadurch kaum verändert. Wer heute als 17-Jähriger in eine Partei eintritt, der landet automatisch in einem Altenklub, in dem die Babyboomer, die heute 50- bis 65-Jährigen, alles dominieren.

In der Generation Greta hat aber kaum jemand Interesse daran, Schriftführer in einem Ortsverband zu werden. Die meisten fremdeln mit starren Strukturen und apparathaften Abläufen von Parteiveranstaltungen. Sie vermissen schnelle und flexible Abstimmungen über digitale Kanäle.

Jugendliche sind ein ungeduldiges Publikum. Sie sind frustriert von der Komplexität von Entscheidungen und scheinbar endlosen Debatten im Vorfeld. Soll die Generation Greta in Parteien aktiv werden, braucht sie eine wirkliche Chance auf Partizipation. Die Parteien sollten deshalb erst einmal alles tun, um Einblick in ihre Arbeit zu gewährleisten. Wollen sie, wie es im Grundgesetz formuliert ist, an der »politischen Willensbildung des Volkes« teilnehmen, dann müssen sie die jungen Leute erst einmal erreichen. Also moderne Kommunikationskanäle einrichten, die Einblick in ihre tägliche Arbeit ermöglichen. Außerdem können sie zu öffentlichen Foren und Diskussionsveranstaltungen einladen und dabei gezielt auf ausreichend viele junge Teilnehmerinnen achten. Auf diese Weise können sie die Berührungsängste der jungen Generation ihnen gegenüber Schritt um Schritt abbauen.

Eine gute Möglichkeit besteht weiter darin, dass Parteien wie andere soziale Einrichtungen auch Praktika für Jugendliche anbieten, sodass sie dort konkret erfahren können, wie die Arbeit von innen aussieht. Es wäre zu überlegen, ob ein »Freiwilliges Soziales Jahr« in den Organisationen von Parteien und den ihnen zuarbeitenden politischen Stiftungen eingerichtet werden kann. Die Jugendorganisationen der Parteien können für alle diese Schritte eine wichtige vermittelnde Aufgabe übernehmen.

Das eigentliche Ziel der Parteiarbeit muss es aber sein, junge Leute als Mitglieder zu gewinnen. Dazu könnte eine Mitgliedschaft auf Probe angeboten werden, eventuell auch eine zeitlich begrenzte. Alle diejenigen unter den jungen Leuten, die sich schließlich für eine längere Mitgliedschaft entscheiden, sollten dann so schnell wie möglich in verantwortliche Positionen rücken. Das könnte durch eine verbindliche Jugendquote nach dem Modell der Frauenquote geschehen: Eine Selbstverpflichtung der Parteien, bei den kommenden Wahlen 20 Prozent der Listenplätze für Kandidatinnen und Kandidaten unter 30 zu reservieren. Heute sind es nur etwa acht Prozent.

Eine solche Jugendquote würde der Generation deutlich mehr Gewicht geben und damit die Parteien von innen heraus reformieren. Denn nur wer attraktiv für junge Mitglieder ist, könnte dann noch mit guten Kandidatinnen überzeugen. Wenn die Parteien durch die gezielte Anwerbung junger Leute den Zugang zur Jugendkultur finden, kann ihnen das nur helfen. Denn die Jugendkultur ist inzwischen zu einer Art Leitkultur geworden. Junge Menschen setzen nun einmal über kurz oder lang die Maßstäbe. Und sie zeichnen seismografisch die jüngsten Entwicklungen auf.

Parallel dazu sollte das Mindestwahlalter herabgesetzt werden. Die Zeit dafür ist günstig, weil heute jeder sehen kann, wie

viele der unter 18 Jahre alten Schüler sich aktiv und mit großem Geschick an der Umweltbewegung FFF beteiligen und sich dafür in komplizierte Sachverhalte einarbeiten. Im Grunde kann heute eine junge Frau oder ein junger Mann vom zwölften Lebensjahr an einschätzen, um welche Alternativen es bei der Wahl einer Partei oder von Kandidatinnen einer Partei geht. Bei den allermeisten ist mit diesem Alter die Fähigkeit zur kognitiven Einschätzung und sozialen Bewertung eines Wahlvorganges gegeben.

Deswegen ist eine Absenkung des Mindestwahlalters auf 16 oder 14 Jahre sehr gut zu verantworten. Es würde die Parteien zwingen, auf die Themen dieser jüngeren Altersgruppe im Wahlkampf gezielt einzugehen. Und sie würde die jungen Leute dazu anregen, sich mit den politischen Alternativen der Parteien aktiv auseinanderzusetzen.

Junge Leute tun der Politik gut. Doch bislang wird die Generation Greta nicht immer ernst genommen – nicht nur von FDP-Chef Christian Lindner, als er den Schülerinnen von Fridays for Future beschied, den Kampf gegen den Klimawandel besser den Profis zu überlassen. In Ludwigsburg musste sich OB-Kandidat Jakob Novotný während seines Wahlkampfes nicht selten anhören, dass er zu jung für das Amt des Oberbürgermeisters sei.

Dem 25-Jährigen ist bewusst, wie sehr sich die Perspektive der verschiedenen Generationen unterscheidet. In den 1970er- und 1980er-Jahren seien die Bedingungen für Arbeitnehmer deutlich besser gewesen. »Dann kamen halt Globalisierung, Hartz IV und die Privatisierung. Die trafen die Jungen. Dadurch geht es den Leuten, die älter sind, im Durchschnitt besser«, sagt Novotný. »Außerdem sind die an das System gewöhnt und gehen in viel größerer Zahl zur Wahl als die Jungen.«